A2 Verteidigungspolitik muss rational bleiben – Klimaschutz und internationale Kooperation statt pauschale Aufrüstung

Antragsteller*in:	Arndt Müller (KV Schwerin)
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

Der Landesdelegiertenrat beschließt:

1. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern verurteilt in aller Schärfe den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen der Ukraine, beteiligen uns an Hilfsmaßnahmen und treten für eine schnellstmögliche Beendigung dieser völkerrechtswidrigen Annexion ein.

2. Trotz dieser unfassbaren Gewalt spricht sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen gegen die von Bundeskanzler Scholz (SPD) verkündete, außergewöhnlich hohe Aufstockung des Verteidigungshaushalts aus. Wir lehnen die Abkehr vom Primat der zivilen Konfliktprävention ab.

3. Verteidigungspolitik muss rational und erklärbar sein – eine Erhöhung der Mittel für Verteidigung von ca. 47 auf dann dauerhaft 70 und mehr Milliarden Euro pro Jahr ist dies nicht: Alleine die EU-Staaten geben bereits jetzt mit ca. 340 Milliarden € pro Jahr etwa fünfmal so viel wie Russland für ihre Streitkräfte aus. Der NATO-Partner USA wendet mehr als 600 Milliarden pro Jahr auf.

4. Wir streben eine Ausstattung der Bundeswehr an, die in einem mit den Partnerstreitkräften abgestimmten Konzept optimiert ist. Es muss nicht jede nationale Armee alles vorhalten. Wir erwarten von der Bundesregierung Initiativen für entsprechende Abstimmungen auf internationaler Ebene.

5. Die Probleme der Bundeswehr liegen in erster Linie im Beschaffungswesen. Wir appellieren an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, darauf hinzuwirken, dass die Mittel für die Bundeswehr für ein besseres und an Effizienz ausgerichtetes Beschaffungswesen und nicht für die pauschale Vermehrung von Waffensystemen eingesetzt werden.

6. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen lehnt die vom Koalitionspartner FDP geäußerte Zielstellung, die „Bundeswehr zu einer der schlagkräftigsten Armeen“ zu entwickeln, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ab.

7. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung auf, die jetzt veranschlagten 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sowie die 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zusätzlich zu den bereits veranschlagten Mitteln für den Kampf gegen den Klimawandel und gegen die soziale Ungleichheit in unserem Land einzusetzen.

Begründung

Trotz der uns alle schockierenden Ereignisse um den Überfall der Ukraine durch Russland, dürfen nun nicht Schlussfolgerungen gezogen werden, die dem bereits in der Vergangenheit erfolglosen Wettrüsten der militärischen Blöcke gleichen. Die einmalige Erhöhung des Wehretats um 100 Milliarden Euro zusätzlich zu den bereits im Haushalt veranschlagten rund 50 Milliarden Euro ist uns zu pauschal. Sie geht bisher nicht nachvollziehbar auf die tatsächlichen Herausforderungen bei der Organisation und Ausrüstung der Bundeswehr ein. Bereits 2016 kündigte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, in den kommenden 15 Jahren insgesamt 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung der Bundeswehr investieren zu wollen und das bereits unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Lage nach Annexion der Krim durch Russland[1]. Diese Summe ist demnach bereits in der Langfriststrategie für den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik berücksichtigt. Nun sollen jedoch zusätzliche Mittel von 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, sowie eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durchgeführt werden.

Die Bundeswehr muss so ausgestattet sein, dass sie einerseits unser Land verteidigen und anderseits den Bündnisverpflichtungen in der NATO nachkommen kann. Jegliche darüberhinausgehende Kapazitätserhöhung ist nicht vom Grundgesetz gedeckt (GG Artikel 87a).

Aufgrund unserer Verantwortung vor der Geschichte haben wir Sorge dafür zu tragen, dass eine deutsche Armee nie wieder den Anspruch formuliert, „größte“, „schlagkräftigste“ oder „stärkste“ Armee zu sein. Dies ist in entsprechenden Verlautbarungen immer wieder klar zu stellen. Die Bundeswehr dient ausschließlich der Verteidigung sowie Aufgaben, für die sie ein Mandat durch den Bundestag erhält.

Eine pauschale Zuweisung von 100 Milliarden Euro an die Bundeswehr kann im Zweifelsfall nicht zu einer messbaren Steigerung der Abwehrbereitschaft beitragen, wenn sie nicht an den tatsächlichen Erfordernissen, an den tatsächlichen Aufgaben und den tatsächlichen Fehlstellen der Streitkräfte orientiert ist. Die Erhöhung des Wehretats darf auf keinen Fall eine pauschale Finanzspritze für die Rüstungsindustrie sein, sondern muss zu einer messbaren Verbesserung der Aufgabenerfüllung führen.

Inwieweit 100 Milliarden Euro möglicherweise auch deutlich zu hoch angesetzt sind, muss mit den entsprechenden Expertinnen und Experten diskutiert werden. Auf keinen Fall darf vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten, dass eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Themen, vielleicht sogar das wichtigste Thema, der Kampf gegen den Klimawandel und die mit ihm im Zusammenhang stehenden finanziellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten. Modellrechnungen bilanzieren für Deutschland einen wirtschaftlichen Schaden von 730 Milliarden Euro in den nächsten 50 Jahren, wenn wir nicht jetzt konsequent Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen[2].

Quellen:
[1] https://www.deutschlandfunk.de/von-der-leyen-130-milliarden-euro-fuer-die-bundeswehr-100.html

[2] https://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-koennte-deutschland-730-milliarden-euro-kosten-a-a6fd8169-cc35-4e7b-9f73-c6bfdfc61352

Unterstützer*innen

Falk Jagszent (KV Mecklenburgische Seenplatte); Gaby Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Jana Bürger (KV Rostock); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Jan Dieminger (KV Nordwestmecklenburg); Claudia Schulz (KV Rostock)